

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Gefällungen nehmen die Poststelle und die Postwagen die Poststellen entgegen. — Gefälligkeiten werden täglich. — Fernsprach-Anschluss Nr. 53.

Angenommen für die Postgeschäfte. Gefällige für Anzeigen aus dem und umfangreichem Gebiet unserer wirtschaftlichen Ausgaben zu Gottlieben, Reitzenhain, Pöhlitz und Gottlieben, sämtlich beide zu Gottlieben.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postamt-Kontakt: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 209

Sonntag, den 7. September 1924

19. Jahrgang

Herriots Antwort an Macdonald.

Sicherheit, Schiedsverfahren und Abrüstung als Güten des Weltfriedens.

Kompromisslust in Genf.

Vor Beginn der Genfer Konferenz handeln sich die englische und die französische These unvermittelte gegenseiter. England stellte den Gedanken des Schiedsgerichts in den Vordergrund und verwarf die von Lord Robert Cecil unter dem beherrschenden Einfluss des französischen Oberstleutnants Maquin ausgearbeitete Idee eines Garantiekartes zur Sicherung des europäischen Friedens. Macdonald wollte den Grundtag doch auch die internationalen Streitigkeiten ebenso wie die Streitigkeiten zwischen Angehörigen ein- und desselben Staates in den Vordergrund und nach den Grundsätzen des Rechts und der Gerechtigkeit ausgetragen werden müssen. Deshalb lehnt er vor allen Dingen mit besonderem Nachdruck die militärischen Sonderabmachungen zwischen einzelnen Teilhabern des Garantiekartes ab. Frankreich dagegen war vor allem bestrebt, nicht die richterliche Instanz des Schiedsgerichts, sondern den Völkerbundsrat zum ausschlaggebenden Faktor zu machen. Die Sicherung seiner Machtposition im Völkerbundsrat soll vor allen Dingen die Aufrechterhaltung der Sonderbündnisse mit seinesgleichen im Osten und Südsüden Europas ermöglichen. Macdonald hatte in seiner Rede den ersten Schritt zu einer Annäherung an den französischen Standpunkt getan, indem er den Gedanken eines Garantiekartes nicht mehr unbedingt ablehnte, sondern die Zustimmung Englands dazu von der Ausgestaltung dieses Gedankens abhängig machte.

Auch die

Rede Herriots,

die dieser am Freitag unter großem Beifall der Völkerbundversammlung hielt steht bereits im Zeichen des Kompromisses. Der französische Ministerpräsident verteidigt zwar mit großer Wärme den Völkerbund und seine bisherigen Leistungen. Er hält ein beredtes Blädder für den Gedanken des Garantiekartes und sucht die Schwierigkeiten, die in der Feststellung des Angreifers liegt, zu bewältigen. Er betont den Fortschritt der darin liegt, dass der Angriiffskrieg als ein internationales Verbrechen gekennzeichnet und dass in das internationale Recht der Begriff des Verbrechens eingeführt wird. Er betont das Recht auch des kleinsten Volkes auf Sicherheit, womit er offenbar ein, allerdings nicht überzeugendes Argument zugunsten der Bündnisse Frankreichs mit den Staaten der kleinen Entente gewinnen will.

In soweit hält er also den französischen Standpunkt aufrecht, er sucht den Engländern über entgegengesetztes, indem er in seinen weiteren Ausführungen sich sehr warm für den Schiedsgerichtsgeraden einsetzt. Seine Forderung, dass derjenige der das Schiedsgericht ablehnt, künftig als Angreifer gelten soll, bedeutet allerdings einen ungeheuren Fortschritt in der Entwicklung des internationalen Rechtes. Um Gegensatz zu Macdonald, der die Lösung der Frage des Schiedsgerichtsbarkeits einer besonderen Konferenz übertragen möchte, hält er aber daran fest, dass der Völkerbund die berufene Instanz zur Bewältigung dieses Problems sei. Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Abrüstung sind für ihn nur drei verschiedene Seiten eines und desselben Problems, das nach seiner Auffassung nur in seiner Gesamtheit gelöst werden kann.

Auch Herriot über sieht nicht, dass der Völkerbund diese Aufgabe nur lösen kann, wenn er universal gestaltet wird, und er hegt die klüne Hoffnung, dass auch die Vereinten Staaten ihm beitreten werden. Verdauersich ist, dass er in Bezug auf die Auffassung Deutschlands einen rein formalistischen Standpunkt eintreten. Macdonald hatte in seiner Rede erkennen lassen, dass auch der Völkerbund und die Alliierten etwas an Deutschland gutzumachen haben, eine Erkenntnis, die man in den Wisséführungen des französischen Ministerpräsidenten leider ganz vermisst. Was die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund angehe, so gebe es keine Ausenahme, und Vorsorge-Behandlung. Wahrgenend seien Artikel 1 und 8 des Völkerbundspaktes. Die Regeln des Paktes sind „das ewige Gesetz“ dem wir folgen müssen.

Italiens Standpunkt.

Salandra, der nach Herriot sprach, stimmte in seiner Rede den von Frankreich und England vorgeschlagenen Unregulierungen bei, betonte aber zugleich, dass die Völker verlässlich auf ihre Waffentitel noch nicht verzichten könnten.

Nachdem er einen Überblick über die Rüstungsbeschränkungen, die Italien bereits vorgenommen habe, genehmigte Salandra die Bereitwilligkeit Italiens, an den im Völkerbund funktionierenden Grundsätzen zur friedlichen Rüstung

der Konflikte mitzuwirken. Der Völkerbundrat sei selbst ein Vertrag zur gegenseitigen Hilfeleistung. Nichtsdestotrotz habe Italien an dem Garantiekartesvorwurf mitgewirkt, ohne sich dabei zugleich die Schwierigkeiten zu verhechten, die vor allem aus der Überwölfung aller wichtiger Funktionen an den Völkerbundsrat und aus den Sonderabkommen entstehen könnten. Um zu dem gewünschten Ziele zu gelangen, sei aber eine genaue Festlegung des obligatorischen Schiedsgerichtsverfahrens nötig. Wenn neue internationale Versammlungen für Abrüstungen stattfinden sollten, werde sich Italien an ihnen aufrichtig beteiligen.

Lord Parmoor nahm im Namen der englischen Regierung den von Herriot entwickelten Gedanken an, dass die Tatsache eines Angriffes durch das Haager Schiedsgericht festgestellt werden soll.

Wie der Genfer Sonderberichterstatter des "Petit Journal" zu melden in der Lage sein will, wird am Sonnabend die französische und die britische Delegation zu einer gemeinschaftlichen Sitzung zusammentreten, um die großen Linien eines allgemeinen Programms festzulegen. Dieser bedeutsame Zusammenschluss werde ein gemeinsames Essen folgen, bei dem beide Premierminister Nieder halten würden.

Die Reden von Thénard und Benesch.

Genf 5. Sept. In der Nachmittagsitzung spricht als erster Redner der belgische Ministerpräsident Thénard von lebhaftem Beifall begrüßt. Das Werk des Völkerbundes hat, so führte Thénard aus, das Stadium der Theorie überwunden. Ein neuer Geist ist geschaffen, das Vertrauen in den Völkerbund und seine Autorität ist gewachsen. Belgien ist bereit, dem Beispiel Englands und Frankreichs, wie es Macdonald und Herriot dargelegt haben zu folgen. Es muss die Sicherheit geschaffen werden, dass der Angreifer die Völker geschlossen gegen sich findet.

Mit großem Beifall empfangen, folgt Dr. Benesch. Er ist mit einem umfangreichen Manuskript bewaffnet. Er widmet dem ganzen Fragenkomplex eine überaus eingehende Darlegung, in der er unter anderem bemerkt, wenn die großen Nationen sich für das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren aussprechen, ist dies für die kleinen Staaten schon die Hälfte der Sicherung.

Genf 5. Sept. Die gestern begonnene und heute fortgesetzte Debatte über die Sicherheitsfrage wird noch den größten Teil des morgigen Tages ausfüllen. Wahrscheinlich am Montag wird die allgemeine Aussprache über den Ratsbericht wieder aufgenommen und beendet werden, worauf sich die Hauptarbeiten für die nächsten Tage auf die Kommissionen verteilen werden und die Versammlung zeitweise eingestellt wird.

Genf 5. Sept. Der heutige Verhandlungstag der Völkerbundversammlung hat in der Sicherheits- und Garantiekartesfrage bereits wichtige Unregelmäßigkeiten gebracht. Drei Punkte stehen zur Debatte: 1. Schiedsverfahren, 2. wirtschaftliche und finanzielle Sanktionen, 3. militärische Sanktionen. Ueber die ersten beiden Punkte sind sich alle einig, nur gegen den dritten Punkt erhoben die Engländer Einspruch. Nachdem die beiden Redner, die noch morgen in dieser Frage sprechen sollen, sich ebenfalls zu den drei Problemen gehörig haben werden, wird der dritte Ausschuss der Versammlung der die Frage der Rüstungsbeschränkungen zu bearbeiten hat, eine Überprüfung der Klüft finden müssen, die zwischen den Anhängern und den Gegnern der militärischen Sanktionen steht. Man glaubt, dass vielen Einwänden gegen den Garantiekartel die Spur abgedrohen werden könnte dadurch, dass ihm nunmehr das Schiedsverfahren angegliedert wird. Ein grundstarkes Ergebnis dürfte vorläufig feststehen: Dem Schiedsverfahren soll eine Rolle eingeräumt werden. Die Frage, um die sich alles dreht ist jedoch, wie der Schiedsgerichtspraktisch verwirklicht wird, wie er sich durchsetzt oder wie weit er durch militärische Bündnisse oder ein Sanktionsystem gefördert wird.

Paris über Herriots Rede befragt.

Paris, 5. Sept. Die Rede Herriots hat in höchsten politischen Kreisen einen günstigen Eindruck hinterlassen und auch bei der Opposition gewissen Anhang gefunden. Pressekommentare liegen noch nicht vor. Nur "Journal des Débats" stellt fest, dass Herriot den Traditionen Frankreichs treu blieb, als er sagte, dass die Grundsätze absoluter Gleichheit und der Demokratie für den Völkerbund maßgebend sein würden.

Deutschland und der Völkerbund.

Die Uniwort an Macdonald.

Berlin 5. Sept. Zu der bedeutsamen Rede Macdonalds in Genf beachtet die Reichsregierung wie die "Berliner Volkszeitung" hört. In irgendwelchen offiziellen Formen nicht Stellung zu nehmen, insbesondere nicht zur Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund. Die Haltung der deutschen Regierung zu diesem Problem ist ja im übrigen hinreichend bekannt. Sie durfte niemals im Prinzip sich ablehnend verhalten, und sowohl der Reichskanzler Wirth als auch Außenminister Dr. Stresemann haben wiederholt die Bereitwilligkeit Deutschlands, in den Völkerbund einzutreten, betont, allerdings jetzt unter dem Vorbehalt dass Deutschland eine seiner Bedeutung entsprechende Stellung im Völkerbund eingeräumt werden müsse.

Die "Zeitung", das Organ Stresemanns, schreibt: Was den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund betrifft, so ist unsere Stellung dazu gegeben. Er kann nur erfolgen, wenn der Weg so geblieben ist, dass er ohne Demütigungen und ohne volle Anerkennung des Versailler Vertrages, besonders ohne Anerkennung der Lüge von Deutschlands Kriegsschuld erfolgen kann.

Bis es soweit ist, wird man bei uns gut tun, große Zurückhaltung zu üben und sich nicht zu etwas zu drängen. Was zur richtigen Zeit vom selbst kommt.

Die amtliche Notifizierung der deutschen Note gegen die Kriegsschuldilige.

Die von der Reichsregierung in ihrer Rundgebung vom 29. 8. angekündigte Note über die Kriegsschuldilige wird wahrscheinlich am Montag der nächsten Woche den Mächten übergeben werden. In dem Wortlaut der Note wird zurzeit in den zukünftigen Bessorts noch gearbeitet. In der Hauptrede wird sich ihr Inhalt an die Veröffentlichungen der Reichsregierung anlehnen, die am Tage nach der Abstimmung über die Dawes-Plan im Reichstag veröffentlicht worden ist. Die deutsche Regierung wird der im Versailler Vertrag enthaltenen Feststellung, dass Deutschland den Weltkrieg durch seinen Angriff entfacht habe, als den Tatfahnen der Geschichte widerstrebend die Anerkennung verweigern. Die Note wird durch die diplomatischen Vertreter des Reiches an alle in Frage kommenden Staaten überreicht werden und zwar sollen dabei nicht nur die direkt am Weltkrieg beteiligten Länder die Note erhalten, sondern auch neutrale Staaten. Argend welche Rückwirkungen auf die Stellungnahme der Reichsregierung hinsichtlich des Versailler Vertrags wird die Erklärung der Reichsregierung jedoch nicht haben. Dies gilt namentlich von den materiellen Verpflichtungen, die Deutschland durch den Versailler Vertrag eingegangen ist. Der Wortlaut der Note wird der deutlichen Offenheit unterstellt werden, wenn die Note bei den verschiedenen auswärtigen Regierungen überreicht werden ist.

Generalinspektion der deutschen Rüstungsbestände.

WDB. meldet amtlich:

Am Montag, den 8. September, beginnt die von der deutschen Regierung mit der Note vom 30. Juni d. J. angestandene Generalinspektion des deutschen Rüstungsstandes. Die Generalinspektion ist als abschließender Akt der interalliierten Kontrolle gedacht. Nach den bindenden Erklärungen der Gegenseite, insbesondere der Ministerpräsidenten von England und Frankreich, kann damit gerechnet werden, dass das System der interalliierten Kontrolle mit seinen in zahlreichen Städten Deutschlands residierenden Überwachungskommissionen verschwindet, wenn die Generalinspektion aufzuhören und zu ebunglos verläuft. Die Reichsregierung erwartet hierauf von der gesamten Bevölkerung, dass sie alles untersucht, was irgendwie als Obstruktion oder als feindliche Handlung gegenüber den Kontrollkommissionen oder ihren Mitgliedern geboten werden könnte. Jede Handlung dieser Art beschwert die Graft heraus, dass der jetzige Zustand mit all seinen demütigen Begleiterscheinungen derartig ist, dass derartige Aktionen derartig verhindert werden müssen. Hierauf muss jetzt, wie er auch immer auf die Vorgänge des Augenblicks gefüllt möglich reagieren mag, sein Ziel und lassen ausschließlich danach einrichten, dass das Ziel erreicht, d. h. dass die Generalinspektion wirklich zum Schluss der interalliierten Kontrolle wird.

Aus den Geheimakten von Versailles.

Die "Münchener Neuesten Nachrichten" beginnen mit der Veröffentlichung aus den Geheimakten und Dokumenten des Versailler Friedenskongresses, und zwar mit einer zusammenhängenden Darstellung über die Entwaffnung. Um die Frage der bauernden Unterwerfung Deutschlands zu behandeln, legte der Oberste Rat des Militärs am 12. Februar 1919 einen Aufschluss ein, der aus je drei Vertretern der verbündeten Regierungen bestand und unter dem Vorstoß des Marschalls Foch tagte. Aus dessen Beratungen und Beschlüssen geht hervor, dass wir es nicht George und kein Wolfsohne haben, wenn wir heute ein Soldat und kein Soldatsoffizier haben, doch aber Foch und Clemenceau es gewesen sind, die die Herauslegung der ursprünglich geplanten Zahl von 900 000 auf 100 000 durchsetzen haben.